

Pressemitteilung vom 24.10.2022

Praxen in Hessen bleiben zu

- Hausärzte sowie Kinder- und Jugendärzte protestieren gegen Leistungskürzungen
- „Ambulante Versorgung der Patientinnen und Patienten gefährdet“

Aus Protest gegen geplante Leistungskürzungen schließen zahlreiche Hausarzt- sowie Kinder- und Jugendarztpraxen in Hessen am Mittwoch, 26.Oktober, und am Mittwoch, 30. November. Zu den Protesttagen haben der Hausärzteverband Hessen (HÄVH) und der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte, Landesverband Hessen (BVKJ), aufgerufen. Weitere Aktionen sind geplant.

Hattersheim/Bad Homburg. „Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass die gewohnte und bewährte ambulante Versorgung der Patientinnen und Patienten massiv gefährdet ist, wenn die Sparpläne von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und den Krankenkassen umgesetzt werden“, sagt Armin Beck, Vorsitzender des HÄVH. „Unsere Patientinnen und Patienten müssen wegen der geplanten Leistungskürzungen mit längeren Wartezeiten für Termine rechnen. In ländlichen Gebieten müssen eventuell auch längere Anfahrtswege in Kauf genommen werden. Daher protestierten die Praxen in Hessen nicht nur für die Ärzte, sondern auch für eine gute medizinische Versorgung der Menschen“, ergänzt Dr. Burkhard Voigt, stellvertretender Landesvorsitzender des BVKJ.

„Honorarsteigerung deckt bei weitem nicht die massiv gestiegenen Kosten“

Die hessischen Berufsverbände haben alle niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte aufgerufen, sich an dem Protest zu beteiligen. „Die Honorarsteigerung, die die Kassenärztinnen und -ärzte im kommenden Jahr erhalten sollen, deckt nicht einmal die zu Recht gestiegenen Personalkosten und den zusätzlichen Hygieneaufwand. Von einem Inflationsausgleich wagten wir nicht einmal zu träumen“, so Dr. Christoph Claus, Vorstandsmitglied des HÄVH.

„Viele Praxen werden ihr Angebot reduzieren müssen“

Der Hintergrund: Einmal im Jahr handeln die Krankenkassen und die Kassenärztliche Vereinigung die Honorarsätze neu aus. Für 2023 wollte die Ärzteschaft eine Erhöhung um sechs Prozent als Ausgleich für die massiv gestiegenen Praxiskosten erreichen. Die Kassen lehnten diese Forderung ab. Die Verhandlungen endeten gegen die Stimmen der Ärzteschaft mit einem Schiedsspruch zum Nachteil der Ärztinnen und Ärzte. „Dies schadet letztlich der Patientenversorgung“, sagt Dr. Jürgen Burdenski, Vorstandsmitglied des HÄVH. „Wir wurden mit einer Honorarerhöhung von zwei Prozent abgespeist. Angesichts der Inflation, die

derzeit bei zehn Prozent liegt, ist das ein Hohn. Wenn die Kosten weiter steigen, werden viele Praxen ihr Angebot reduzieren müssen“.

Erschwerend hinzu kommt der Plan des Bundesgesundheitsministers, die sogenannte Neupatientenregelung zu streichen. Diese 2019 eingeführte Regelung hatte erstmalig zur Folge, dass die Krankenkassen die Aufnahme neuer Patientinnen und Patienten ohne Abzüge vollständig vergüten mussten. „Eine Streichung dieser Regelung wird für die hessischen Arztpraxen finanzielle Einbußen in Millionenhöhe bedeuten“, sagt Dr. Martin Gunkel, 3. stellvertretender Landesverbandsvorsitzender des BVKJ.

„Mehr als 300 Millionen Euro werden zum Fenster hinausgeworfen“

Gleichzeitig würden mehr als 300 Millionen Euro an Krankenkassengeldern zum Fenster hinausgeworfen, statt sie sinnvoll für die Versorgung der Versicherten einzusetzen – durch eine zentral gesteuerte IT-Infrastruktur, die den Ärztinnen und Ärzten aufgezwungen wurde, kritisiert Dr. Jürgen Burdenski. „Diese TI wurde leider ohne Beteiligung der Anwender entwickelt und zeigt sich als ein völlig überteuertes, dysfunktionales System, das mit häufigen Abstürzen die Arbeitsabläufe in den Praxen massiv behindert“, erklärt Dr. Burdenski. Aktuell sollen zudem aufgrund eines voreingestellten Ablaufdatums bis spätestens 2024 die technisch voll funktionsfähigen Hardware-Konnektoren in allen Arztpraxen ausgetauscht werden, obwohl laut Prüfungen des Chaos Computer Clubs (CCC) auch eine reine Softwarelösung möglich wäre. „Damit geht eine riesige Ressourcenverschwendung einher und es wird eine gigantische Menge Elektroschrott erzeugt“, sagt Dr. Moebus, Landesvorsitzender des BVKJ.

„Komplette Missachtung der ambulanten Versorgung“

„Die Verantwortlichen in Berlin dokumentieren mit all ihren Beschlüssen die komplette Missachtung der ambulanten Versorgung. Immerhin haben wir Niedergelassenen während der Pandemie die Krankenhäuser vor Überlastung geschützt und 90 Prozent der Corona-Patientinnen und -Patienten versorgt. Die Politik hat die Krankenhäuser mit 200 Milliarden Euro subventioniert, während wir mit Nullrunden abgespeist werden“, kritisiert Dr. Gunkel. „Die Berliner Politiker zeigen damit, dass ihnen die ambulante Versorgung der Menschen vollkommen egal ist“, sagt Armin Beck. „Das kann unseren Patientinnen und Patienten nicht gleichgültig sein. Deswegen werden wir unseren Protest so lange fortführen, bis man unsere berechtigten Forderungen erfüllt und damit auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten eingeht“, ergänzt Dr. Moebus.

Pressekontakte:

HÄVH
Gundula Zeitz, Pressereferentin
Tel.: 0171 8132671
presse@hausaerzte-hessen.de

BVKJ, Landesverband Hessen
Dr. Soraya Seyyedi, Pressesprecherin
Tel.: 0611 / 376211
praxisseyyedidomay@t-online.de

Hausärzterverband Hessen e.V.
1. Vorsitzender Armin Beck (v. i. S. d. P.)
Hofheimer Str. 16a, 65795 Hattersheim
Tel: 06190 – 9743470
E-Mail: info@hausaerzte-hessen.de
www.hausaerzte-hessen.de

Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte
Landesverband Hessen
1. Vorsitzender Dr. Ralf Moebus (v. i. S. d. P.)
Ober-Eschbacher Str.9, 61352 Bad Homburg
Tel.: 06172 26021, E-Mail: r.moebus@uminfo.de
www.bvkj.de